

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Maren Jasper-Winter (FDP)

vom 17. Februar 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. Februar 2022)

zum Thema:

Impfkampagnen und Aufklärung bei Menschen mit Migrationshintergrund

und **Antwort** vom 03. März 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 04. Mrz. 2022)

Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit, Pflege und Gleichstellung

Frau Abgeordnete Dr. Maren Jasper-Winter (FDP)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/11022
vom 17. Februar 2022
über Impfkampagnen und Aufklärung bei Menschen mit
Migrationshintergrund

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Abgeordneten: Die vom Roland-Koch-Institut herausgegebene Studie „COVID-19-Impfquotenmonitoring in Deutschland als Einwanderungsgesellschaft (COVIMO-Fokuserhebung)“ vom 03.02.2022 kam zum Ergebnis, dass die Impfbereitschaft unter den aktuell Ungeimpften bei Menschen mit Migrationshintergrund höher ist, obwohl die Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Menschen ohne Migrationshintergrund eine geringere Impfquote aufweisen.

1. Das Land Berlin gehört zu den Bundesländern mit dem höchsten Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Plant der Senat eine vergleichbare Studie zu den Impfquoten und dem Impfwillen von Menschen mit Migrationshintergrund im Land Berlin?

Zu 1.:

Die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung entwickelt ein Konzept zur sozialwissenschaftlichen Beratung des COVID-19-Krisenmanagements mit Akteuren aus Wissenschaft und Forschung im Zusammenhang mit den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und den zur Bewältigung der Pandemie ergriffenen Maßnahmen. Eine gezielte Studie, die sich ausschließlich mit Impfquoten und den Impfwillen von Menschen von Migrationshintergrund beschäftigt ist hiervon vorerst nicht erfasst.

2. Im Januar haben die Bürgermeisterin Franziska Giffey und die Integrationsministerin Katja Kipping erklärt, dass sie die Impfangebote in migrantisch geprägten Gebieten (mit Impfkationen) erweitern wollen. Angedacht sind vor allem vertraute Orte wie Stadtteilzentren, Super- oder Möbelmärkte und Kultur- und Religionsgemeinden. Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende Fragen:

- a. Inwiefern hat sich der Umfang der Impfstellen (bzw. Impfzentren) im Vergleich zu den Vormonaten erhöht (Bitte unterteilt in den Bezirken für die letzten 6 Monaten (einschließlich Februar 2022, sofern möglich)?
- b. Welche konkreten zusätzlichen Schritte des Senates folgten auf die Ankündigungen?
- c. Welche Einrichtungen (Stadtteilzentren, Super- oder Möbelmärkte und Kultur- und Religionsgemeinden usw.) wurden in Folge der Ankündigung nun eingebunden, die vorher nicht involviert waren?

Zu 2.:

Die Impfkampagne des Landes Berlin wird regelmäßig evaluiert und angepasst. Aufgrund der epidemiologischen Entwicklung, insbesondere aufgrund der Auswirkungen der sog. Omikron-Welle, und der Entwicklung der Impfquote erfährt die Berliner Impfkampagne eine Fokussierung, die ein stärker zielgruppenorientiertes Impfangebot vorsieht. Derzeit werden keine weiteren vom Land Berlin betriebenen Impfeinrichtungen geschaffen. Im Februar 2022 wurde daher das Corona-Impfzentrum Messe und sechs weitere Corona-Impfstellen aufgrund der abnehmenden Auslastung geschlossen. Mobile Impfteams des Landes Berlin bieten neben Impfungen in Pflegeeinrichtungen auch in Abstimmung mit den Berliner Bezirken ein niedrigschwelliges Impfangebot bei Sonderimpfkationen an.

Die Partizipations- und Migrationsbeauftragte des Landes Berlin, hat Kontakt zur für Gesundheit zuständigen Senatsverwaltung gesucht und nach Rücksprache mit Migrant*innenorganisationen, Moscheegemeinden und Stadtteilzentren Impfkationen vorgeschlagen und zu anstehenden Impfkationen mehrsprachig geworben. Das Impfteam der Senatsverwaltung Integration, Arbeit und Soziales hat im Februar vierzehn zusätzliche Impfkationen angekündigt, beworben und durchgeführt.

Bereits vor der Ankündigung durch die Regierende Bürgermeisterin und die für Soziales zuständige Senatorin wurden in den Stadtteilzentren Impfkationen umgesetzt. Bis vor Kurzem wurde in einem Stadtzentrum eine dauerhafte Impfstelle vorgehalten.

Im Rahmen der im Januar 2022 erfolgten Ankündigung wurden allein sechzehn Standorte der Stadtteilzentren, Nachbarschaftshäuser und Kieztreffs in zehn Berliner Bezirken für zusätzliche Impfkationen zur Verfügung gestellt.

3. Liegen dem Senat vor dem Hintergrund von Frage 2 schon erste Veränderungen der Impfquote bei Menschen mit Migrationshintergrund vor und wie bewertet der Senat diese?

Zu 3.:

Es liegen keine entsprechenden Daten mit soziodemographischen Merkmalen vor.

4. Die Studie bezeichnet einen Zusammenhang der geringeren Impfquote mit Sprachbarrieren. Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende Fragen:

- a. Über welche Sprachkenntnisse verfügt das Fachpersonal in den Impfzentren in der Regel?
- b. Hat man die vorhandenen Sprachkenntnisse des Fachpersonals in den Impfzentren den gängigen Muttersprachen in den migrantisch geprägten Gebieten angepasst?
- c. Welche anderen Instrumente nutzt der Senat, um in möglichst vielen Sprachen aufzuklären?

Zu 4.:

Das in den Impfzentren eingesetzte Personal setzt sich aus allen Schichten der Berliner Bevölkerung zusammen, so dass neben Deutsch auch eine Vielzahl von anderen Sprachen in den Corona-Impfzentren und Corona-Impfstellen gesprochen wird. Aufgrund der Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und dem damit verbundenen Datenschutzrecht erfolgt bei der Einstellung des Personals keine vorherige Abfrage der Sprachkenntnisse.

Mitarbeitende der Hilfsorganisationen unterstützen situativ das medizinische Personal in der Sprachmittlung. Die Aufklärungs- und Anamnesebögen stehen mehrsprachig zur Verfügung. Personen, die die deutsche Sprache nicht derart beherrschen, dass sie selbständig den Impfprozess durchlaufen können, können während des Aufenthaltes in einem Corona-Impfzentrum Unterstützung durch einen Dolmetscherdienst erhalten (siehe auch Antwort zu Frage 5).

Es wurden Moscheegemeinden und Begegnungsstätten angesprochen sowie der Kontakt zu Bezirksämtern gesucht. Der Krisenstab der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales hat zudem mit seinem Team eine eigene Impfaktion in den Jobcentern initiiert. So konnten Standorte für einmalige Impfaktionen gewonnen werden. Die Impfaktionen wurden mehrsprachig via Social-Media, per E-Mail und in direkter Ansprache durch Beratungsstellen beworben und von zahlreichen Migrant*innenorganisationen und Moscheegemeinden sowie Botschaften unterstützt.

5. Neben den größeren Migrantengruppen (u. a. mit türkischer oder polnischer Herkunft) gibt es auch zahlreiche kleinere Gemeinschaften. Welche Schritte unternimmt der Senat, um bei diesen Impfzentren zu schaffen, Impfungen durchzuführen und eine sprachlich adäquate Aufklärung zu gewährleisten?

Zu 5.:

Alle Berliner Corona-Impfzentren bieten eine technische Sprachmittlung an (sog. Telefon- und Videodolmetschen). Diese wird für die Kommunikation (Übersetzung des gesprochenen Wortes) zwischen dem Anmeldepersonal, den Impffärztinnen und -ärzten und ggf. den Hilfskräften in der Ersten Hilfe angewendet. Dabei werden Dolmetscher/innen mit „medizinischen Grundkenntnissen“ in 14 Sprachen im direkten Abruf in kurzer Zeit erreicht. Außerdem sind mit Terminplanung 45 weitere Sprachen und Dialekte abrufbar. Weitere Sprachen sind über Nachfrage durch eine Voranmeldung möglich. Zudem sind die Impfzentren mit Tablets ausgestattet, mit denen jederzeit die Möglichkeit einer Videoschaltung mit dem Zentrum für Kultur und visuelle

Kommunikation Gehörloser Berlin/Brandenburg als Träger der Landesdolmetscherzentrale besteht, um Unterstützung durch eine Gebärdendolmetscherin oder einen Gebärdendolmetscher auf dem Bildschirm als Begleitung im Impfzentrum von der Anmeldung bis zum Verlassen nach der Impfung zu erhalten. Des Weiteren stehen die Unterlagen zur Aufklärung vor der Impfung aktuell in 24 Sprachen zur Verfügung. Die Aufklärung und die dazu vorliegenden Materialien liegen in den Impfzentren schriftlich vor. Der Herausgeber ist das Robert-Koch-Institut.

6. Welche konkreten Schritte in den Kampagnen sieht der Senat vor, um die Impfungen in den verschiedenen (Religions-)Gemeinschaften zu bewerben und in diesen über die Corona-Pandemie und den gesellschaftlichen sowie individuellen Nutzen der Impfung aufzuklären bzw. Vorurteile und Falschinformationen einzudämmen?

Zu 6.:

Aus der Videokonferenz mit den Migrantenorganisationen heraus haben die Moscheegemeinden der Islamischen Föderation Berlin erklärt, im Rahmen der Freitagsgebete erneut für das Impfen zu werben und zu prüfen, in welchen Moscheegemeinden Impfangebote ermöglicht werden können.

Aus der Videokonferenz heraus hat die Partizipations- und Migrationsbeauftragte Fragen der Vereine und Botschaftsvertreterinnen und Botschaftsvertreter am die Gesundheitsverwaltung weitergeleitet und um Antworten gebeten, damit diese dann mehrsprachig in die Communities zurückgespielt werden können.

Dazu wurde auch das Projekt Digital Streetwork eingebunden, welches mehrsprachig und zielgerichtet über Soziale Medien zum Impftermin informiert hat.

7. Vor dem Hintergrund der geäußerten Diskriminierungserfahrungen im Gesundheits- und Pflegebereich: Was unternimmt der Senat, um das Personal der Impfzentren (oder impfrelevanten Einrichtungen) interkulturell zu sensibilisieren?

Zu 7.:

Das Personal in den Corona-Impfzentren des Landes Berlin ist sich seiner Rolle und Verantwortung bei der Bewältigung der COVID-19-Pandemie bewusst und ist angehalten, alle Menschen, die in die Corona-Impfzentren und Corona-Impfstellen eine Impfung erhalten, mit Respekt, Würde und Anstand zu behandeln.

Berlin, den 3. März 2022

In Vertretung
Dr. Thomas Götz
Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit, Pflege und Gleichstellung